

## **Die Nachkonfliktzeit ist nicht der Frieden, sagt der Forscher David Garibay**

(EL ESPECTADOR, 14.4.2015)

Mittelamerika ist heute mehr von Gewalt heimgesucht als während der bewaffneten Konflikte. Was kann Kolumbien aus diesen Erfahrungen lernen?

Der Franzose David Garibay, Politologe am Institut des Etudes Politiques in Paris und Professor an der Université D`Auvergne, kennt genau die Friedensprozesse in aller Welt und hat u.a. über die Entwaffnung und politische Wiedereingliederung kolumbianischer und salvadorenischer Guerrilla gearbeitet. Er hält sich in Bogotá auf für den Hauptvortrag in dem Seminar „Die internationalen Dimensionen des Nachkonflikts in Kolumbien“.

EL ESPECTADOR hat ihn interviewt.

### **Frage:**

Wie sehen Sie den Friedensprozess von außerhalb Kolumbiens?

### **Antwort:**

Man hat den Eindruck, dass es nie zuvor eine so präzise geführte und fortgeschrittene Friedensverhandlung zwischen Regierung und FARC gegeben hat. Das erregt Aufmerksamkeit. Weiter ist wichtig die Bedeutung, die man dem Nachkonflikt beimisst. Für viele politische und soziale Akteure hat es den Anschein, als stünden wir bereits in einer Phase nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens, ohne dass dies zutrifft. Das ist von Bedeutung, weil in anderen Friedensprozessen, vor allem in Mittelamerika, diese Frage in den Verhandlungen angesprochen wurde und als man eine Perspektive für einen Einigung sah, redete man vom Nachkonflikt. Hier scheint es umgekehrt zu sein. Man ist weiter voran beim Nachkonflikt als beim Hauptthema, dem Friedensabkommen. Generell umfasst der Nachkonflikt die Umsetzung des im Abkommen Vereinbarten. Hier setzt man schon um, bevor unterschrieben ist.

### **F:**

Was bedeutet das für den Prozess?

### **A:**

Einerseits bedeutet es, dass bei den Verhandlungsparteien der Wille vorhanden ist, dem Prozess Glaubwürdigkeit zu verleihen. In Friedensverhandlungen besteht die Herausforderung immer darin, wie man aus dem Stadium der Verhandlungen herauskommt und wie das angeschoben, kommentiert und kritisiert wird durch die Gesellschaft. Sehr wahrscheinlich kann man die ganze Thematik des Nachkonflikts aus dieser Perspektive begreifen: Als eine Form des Eintritts der Gesellschaft in diese Verhandlungen. Andererseits ist es die Idee, dass es zur Unterschrift kommt, nicht allein weil verhandelt wurde.

### **F:**

Es gibt ein konzeptionelles Problem mit dem Nachkonflikt. Viele glauben, er sei der Frieden. Welche Lehren zeigen die Fälle in Mittelamerika?

**A:**

Wenn wir El Salvador betrachten, das den vollständigsten Fall darstellt, dann hatte man dort die Vorstellung, die Vereinbarungen würden alle Probleme lösen, nicht nur das des Krieges, sondern auch die politischen institutionellen, sozialen und ökonomischen Probleme. Man glaubte, Postkonflikt hieße Frieden, Entwicklung und weniger Armut.

Das Paradoxe ist, dass viele Teile der Vereinbarungen tatsächlich erfüllt wurden. Das Friedensabkommen wurde respektiert. Es gab keine Wiederbewaffnung, keinen neuen bewaffneten Kampf, die politische Beteiligung ist effektiv. Dies sind für Kolumbien interessante Aspekte des Nachkonflikts.

Gleichzeitig haben wir heute in El Salvador eine sozial und ökonomisch sehr schwierige Lage, die nicht mit dem Konflikt zusammenhängt, sondern mit dem Nachkonflikt, nämlich den Bedingungen, unter denen die Wiedereingliederung, der Wiederaufbau und die Kontinuität der Wirtschaftspolitik neoliberalen Typs vor sich gingen und die zu sehr komplizierten Verhältnissen in diesem und in anderen Ländern der Region geführt haben.

**F:**

War das die Folge von Fehlern im Prozess?

**A:**

Ich weiß nicht, ob es Fehler waren. Wenn man Verhandlungen führt, dann ist sehr schwer vorzusehen, was danach passieren wird und die Verhandler sind polarisiert hinsichtlich der anstehenden Punkte. In Mittelamerika, vor allem in El Salvador, war ein fundamentaler Punkt, was mit den Streitkräften geschehen sollte und wie man die Guerrilla demobilisieren könnte. Die Frage, was mit den bewaffneten Akteuren geschehen sollte, dominierte die Agenda und bewirkte, dass andere Themen nicht so prioritär erschienen. Das ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Tagesordnungen der Friedensverhandlungen und des Nachkonflikts verschieden sind.

Aber in Nachkonflikt bleiben Themen wie Armut und Ungleichheit im Vordergrund. In den Verhandlungen wurde über das sozio-ökonomische Modell El Salvadors nicht gesprochen, hingegen geschieht das in Kolumbien. Diesem Aspekt gebührt im Nachkonflikt hohe Bedeutung für die Entwicklung: Ein Friedensvertrag beinhaltet ein politisches Übereinkommen, aber es bedarf auch sozio-ökonomischer Vereinbarungen, denn diese entfalten später ihre Wirkungen.

**F:**

Herrscht in El Salvador heute mehr Gewalt als während des Konflikts?

**A:**

Der Krieg dauerte von 1980 bis 1992. Es gab zwischen 1992 und 2004 mehr Tötungen als während des Krieges. Wir haben dort einen Nachkonflikt mit sehr viel Gewalt. Auch in Guatemala ist die Situation sehr kompliziert. Dort waren die Verhandlungen und das Abkommen in gewisser Weise eher „light“. Es ist eher ein Abkommen, das die UNO am Beispiel El Salvadors vorantrieb. Das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Guerrilla ist anders, weshalb das Abkommen weniger Elemente umfasst, aber die Gewaltsituation ist ähnlich.

**F:**

Berücksichtigt man diese Erfahrungen, wie hat man sich den Nachkonflikt in diesem Land vorzustellen?

**A:**

In Zentralamerika hatten wir zwei Akteure, die miteinander verhandelten, und weitere gab es nicht, die Druck machten oder den Konflikt beeinflussen wollten. In Kolumbien haben wir den Prozess mit einer Guerrillagruppe, aber es gibt eine weitere Guerrilla, die außen vor ist, sowie weitere bewaffnete Gruppen (Paras, kriminelle Banden). Das wird ein sehr schwieriger Punkt im Nachkonflikt: Wie gelangt man zu einem Stadium des Friedens, solange diese Akteure präsent sind?

**F:**

Gibt es einen anderen Konflikt, an dem so viele bewaffnete Gruppen beteiligt sind?

**A:**

Das ist eine komplizierte Frage. Es gibt Prozesse, in denen die bewaffneten Gruppen zersplittert sind. Zum Beispiel gab es im Konflikt in Darfur/Sudan mehrere Gruppen, die in Gegnerschaft zur Regierung standen. Mit einigen wurden Verhandlungen geführt, mit anderen nicht. Und mit Sprechern, von denen die internationale Gemeinschaft annahm, sie seien für diese Akteure repräsentativ. Einige Gruppen legten die Waffen nieder, andere führen den Konflikt weiter. Deshalb haben wir dort eine Situation, die ungelöst ist, obwohl es ein Friedensabkommen gibt.

**F:**

Was legitimiert eine Abstimmung über einen Friedensprozess? Ist es eine Entscheidung der Gesellschaft, oder sind es die internationalen Standards?

**A:**

Das Thema der Bestätigung ist charakteristisch für den kolumbianischen Fall. Wenn wir auf andere Fälle schauen, dann ist es sehr selten, dass Vereinbarungen zwischen Regierungen und der Guerrilla durch Referenden bestätigt werden. Man kann die politischen und institutionellen Inhalte Referenden unterziehen, aber nicht das Dokument als solches. Im Fall des Bürgerkriegs in Algerien betrieb der algerische Präsident eine Politik der Einmütigkeit und stellte diese zur Abstimmung, aber für ihn war das eine Art, auf welche er in einem bestimmten Moment seine Macht bestätigt sehen wollte, aber er dachte nicht an eine demokratische und pluralistische Dynamik.

Hier haben wir einen Verhandlungsprozess, der in viel breiterer Form die Gesellschaft einbezieht, denn es ist ein politischer Prozess und daher beinhaltet er Aspekte, in denen die kolumbianische Gesellschaft partizipieren wird. Das war auch der Erfolg des Prozesses von 1990/91 in Kolumbien, als es einen begrenzten, teilweisen Friedensvertrag gab, der sich verwandelte zu einer Art Referendum, als die neue Verfassung diskutiert und beschlossen wurde. Aber es war kein Referendum über den Vertrag an sich, sondern über die politische Dynamik, die er auslöste.

Wenn wir uns die Übergänge von den Diktaturen zu Demokratien in Südamerika ansehen, dann gab es in einigen Fällen Referenden, aber nicht in allen. Da es sich um Übergänge handelte, die zwischen Eliten ausgehandelt waren, gab es keine Bestätigung der Abkommen durch die Bevölkerung. Es herrschte die Idee, Gründungswahlen würden den institutionellen Wandel absegnen. Die konstitutionellen Veränderungen fanden erst Jahre später statt. Aber das führte zu Problemen der kollektiven Akzeptanz des Wechsels vom diktatorischen Regime zur Demokratie sowie zu Problemen mit der politischen Partizipation, die heutzutage zu berücksichtigen ist. Es ist notwendig, dass es eine Art von politischem Referendum gibt, aber eben mehr zu den politisch-institutionellen Aspekten als zum Abkommen als solchem.

**F:**

Bei diesen Übergängen zur Demokratie wurden Amnestiegesetze beschlossen. Später hat das System der interamerikanischen Zusammenarbeit einige dieser Gesetze für ungültig erklärt. Könnte Kolumbien sich ähnlichen Problemen konfrontiert sehen?

**A:**

Einer der Unterschiede des kolumbianischen Prozesses zu früheren besteht darin, dass dieser sich einfügt in ein System des Internationalen Rechts und einer Übergangsjustiz, die früher nicht existierte, was bei den Verhandlungen berücksichtigt werden muss. Sei es, dass diese an ein Abkommen angepasst werden muss oder das Abkommen an jene. Um zu wissen, was man übernehmen muss oder dass man begründen muss, warum man es nicht übernimmt. Das war in 80er und 90er Jahren in Mittelamerika nicht vorhanden, als es einfacher war, Amnestien zu erlassen. Damals konnte man einfacher sagen: Wir gründen Wahrheitskommissionen um zu wissen, was passiert ist, aber wegen der Amnestie passiert nichts.

Es ist interessant festzustellen, dass in der Mehrheit der Fälle, in denen es Amnestien gab, von den internationalen Akteuren Druck ausgeübt wurde, diese Amnestien zurückzunehmen. Es gab soziale Mobilisation in diesen Ländern, mit der Gerechtigkeit gefordert wurde. Diese Akteure, z.B. in Chile oder Argentinien, konnten keinen Druck auf die Regierungen ausüben, was sie taten, was durch NGOs und internationale Organisationen auf die internationale Ebene zu wechseln, was dann später ins eigene Land zurückschlug: ein Bumerangeffekt. Heute sind diese Themen in diesen Ländern nach wie vor von Belang. Vielleicht hat man in Kolumbien begonnen zu berücksichtigen, was international gilt: Dazu gehören das Gesetz über die Behandlung der Opfer und weitere Bemühungen die heute zu dem Konflikt stattfinden.